

AMTSBLATT

der Stadt Bad Liebenstein



Nr. 9/2015

Freitag, den 18. Dezember 2015

3. Jahrgang



Frohe Weihnachten

*und alles Gute
im neuen Jahr*



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,



zum Jahresende gönnt man sich für gewöhnlich eine Atempause und blickt zurück auf das Gewesene. Das gilt auch für unsere Kommune. Die Einheitsgemeinde Stadt Bad Liebenstein befand sich im dritten Jahr ihres Bestehens finanziell weiter auf Genesungskurs. Bürgermeister und Stadtrat waren von Beginn an darauf bedacht, nicht nur ohne neue Schulden auszukommen, sondern Altschulden abzubauen und nach und nach Probleme der Vergangenheit zu lösen. Bislang konnten insgesamt 1,2 Millionen Euro Altschulden getilgt werden. Weiterhin konnte als größte Einzelmaßnahme in diesem Jahr die Sanierung die Altdeponie Lindchen mit rund 485.000 Euro im 1. Bauabschnitt abgeschlossen werden, wozu die vormalige Gemeinde Schweina seit 2004 verpflichtet war. Auch für das seit vielen Jahren in Bad Liebenstein diskutierte Problem Stadthalle konnte eine Lösung gefunden werden. Der

Privatinvestition „Herzog-Georg-Carree“ haben die Bürger beim Bürgerentscheid am 6. Dezember mit großer Mehrheit zugestimmt. Im Bereich des Feuerwehrwesens haben wir in diesem Jahr begonnen, den Investitionsstau durch die Anschaffung neuer Technik und Ausrüstungsgegenstände abzubauen. Für den städtischen Kur- und Tourismusbereich wurden mit der Gründung einer kommunalen Tochtergesellschaft neue Strukturen geschaffen. Die Bad Liebenstein GmbH wird ab Januar die Tourist-Information übernehmen und soll das Leistungsspektrum in den nächsten Jahren insbesondere in den Bereichen Veranstaltungen, Produktentwicklung, Marketing und Vertrieb von touristischen Angeboten ausbauen.

Wenn wir den eingeschlagenen Weg weitergehen, wird die Stadt in den nächsten Jahren finanziell in ruhiges Fahrwasser kommen und wieder leistungsfähiger werden. Das ist wichtig, um sich künftig auf wichtige Aufgaben konzentrieren zu können. Da sind zum einen die Aufwertung unserer Ortszentren und die Verbesserung des Zustandes unserer kommunalen Gebäude und Einrichtungen. Hier sind wir mittlerweile wieder in der Lage, unsere Eigenanteile aufzubringen, um Fördermittel beantragen zu können. Für die bereits in diesem Jahr geplanten Maßnahmen (u.a. Brunnentempel, Brücken im Elisabethpark, Fassade Turnhalle Schweina) warten wir noch auf die Fördermittelbescheide, weshalb mit einer Umsetzung erst 2016 gerechnet werden kann. Ebenso im kommenden Jahr wird ein Straßeninvestitionsplan erarbeitet, aus dem sich die Straßeninvestitionen für die nächsten 20 Jahre ergeben werden. Damit soll begonnen wer-

den, dem großen Investitionsstau bei Straßen, Wegen und Brücken entgegenzutreten. Hierzu hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 10. Dezember die neue Straßenausbaubeitragsatzung beschlossen und das Beitragsrecht in der Einheitsgemeinde vereinheitlicht. Nach der nunmehr beschlossenen Satzung gilt das einmalige Beitragssystem in der gesamten Einheitsgemeinde, wobei die zu zahlenden Anliegerbeiträge bei künftigen Ausbaumaßnahmen in allen Ortsteilen sinken. Für die Schweinaer Bürger bedeutet das zugleich, dass ab dem Jahr 2016 keine wiederkehrenden Ausbaubeiträge mehr veranlagt werden. Lediglich die Beitragsjahre 2013 - 2015 werden im kommenden Jahr noch per Bescheid erhoben.

Wichtigstes Gut unserer Kommune sind und bleiben aber die Aktivitäten vieler ehrenamtlicher Bürger in unserer Stadt und ihren Ortsteilen. Ihr Wirken bestimmt maßgeblich das Lebensumfeld bei uns vor Ort und daher bedanke ich mich besonders herzlich bei allen, die in diesem Jahr wieder mit ihrem persönlichen und selbstlosen Einsatz für das Gemeinwohl tätig geworden sind. Das gilt für die Freiwilligen im Brand- und Katastrophenschutz ebenso wie für die Ehrenamtlichen in Kultur, im Sport, im Naturschutz, in der Heimatpflege, in den Kirchengemeinden und in den Sozialeinrichtungen. Mein Dank geht darüber hinaus an die Mitglieder des Stadtrates und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung.

Allen Bürgerinnen und Bürgern wünsche ich gesegnete Weihnachten und alles erdenklich Gute für das neue Jahr 2016.

**Ihr Bürgermeister
Dr. Michael Brodführer**

Stadtverwaltung Bad Liebenstein

Bahnhofstraße 22
 Telefon: 036961/3610
 Telefax: 036961/36120
 E-Mail: rathaus@bad-liebenstein.de

Öffnungszeiten:

Montag	14.00 - 16.00 Uhr
Dienstag	09.00 - 12.00 Uhr und 14.00 - 16.00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	09.00 - 12.00 Uhr und 14.00 - 17.30 Uhr
Freitag	09.00 - 12.00 Uhr

Hinweis: Alle Angelegenheiten im Standesamt, ausgenommen Sterbefälle, bedürfen der vorherigen Terminvereinbarung.

Tourist Information

Herzog-Georg-Straße 64
 Tel.: 036961/69320
 info@bad-liebenstein.de

Öffnungszeiten 1. November bis 31. März:

Montag-Freitag	10.00 - 12.00 Uhr und 14.00 - 16.00 Uhr
Samstag	10.00 - 13.00 Uhr
Sonntag/Feiertag	geschlossen

Öffnungszeiten der Stadt- und Kurbibliothek /OT Bad Liebenstein

Herzog-Georg-Straße 64
 Tel.: 036961/69184

Montag	10.00 - 12.00 Uhr
Dienstag	10.00 - 12.00 Uhr und 14.00 - 17.00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	14.00 - 17.00 Uhr
Freitag	10.00 - 12.00 Uhr und 15.00 - 18.00 Uhr

Schiedsstelle

Bahnhofstraße 22
Sprechzeiten: Jeden ersten Donnerstag im Monat in der Zeit von 16.00 - 17.30 Uhr

Kontaktbereichsbeamter

Herr Beck

Bahnhofstraße 22 (Eingang bei Einwohnermeldeamt)

Tel.: 036961/734506 oder 0173/6451474

Sprechzeiten:

Donnerstag 10.00 - 12.00 Uhr und 15.00 - 17.00 Uhr

Herr Seidel

August-Bebel-Str. 12

Tel.: 036961/734484

Sprechzeiten:

Donnerstag 14.00 - 17.00 Uhr

Amtliche Bekanntmachungen

Beschlüsse des Stadtrates vom 29. Oktober 2015:

Beschluss Nr. 04-2015-42

Der Stadtrat der Stadt Bad Liebenstein genehmigt die Niederschrift der Stadtratssitzung vom 2. Juli 2015.

Abstimmungsergebnis:

15 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 04-2015-43

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Bad Liebenstein - 1. Änderungssatzung - Friedhofssatzung - in der Fassung des beiliegenden Entwurfs.

Abstimmungsergebnis:

15 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 04-2015-44

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Bad Liebenstein - 1. Änderungssatzung - Friedhofsgebührensatzung - gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

13 JA-Stimmen, 4 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 04-2015-45

Der Stadtrat beschließt die Verpflegungsentgeltordnung für die Kindergärten und Kinderkrippen der Stadt Bad Liebenstein - Verpflegungsentgeltordnung - in der Fassung des als Anlage beigefügten Entwurfs.

Abstimmungsergebnis:

17 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 04-2015-46

Es wird festgestellt, dass das nach § 17 a Abs. 1 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) vorgeschriebene Zulässigkeitsquorum für das Bürgerbegehren „Innerstädtische Bebauung Bad Liebenstein“ erfüllt und das Bürgerbegehren zustande gekommen ist.

Für die Durchführung des Bürgerentscheids ist eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von voraussichtlich 10.000,00 EUR erforderlich. Die Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe erfolgt aus Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer (lt. Schätzung Mai 2015) bei der Haushaltsstelle 1.9000.0100.

Abstimmungsergebnis:

16 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Beschluss Nr. 04-2015-47

Der Stadtrat beschließt die Beendigung der Mitgliedschaft der Stadt Bad Liebenstein in der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft REK „Thüringer GeoPark Inselsberg - Drei Gleichen“ mit Wirkung zum 31. Dezember 2017 sowie die Kündigung oder Auflösung aller im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der vorgenannten Kommunalen Arbeitsgemeinschaft abgeschlossenen Verträge.

Abstimmungsergebnis:

16 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Beschluss Nr. 04-2015-48

Der Stadtrat beschließt, das Vorhaben „Ersatzneubau Entnahmehauwerk Gewässer 2. Ordnung Schweina“ durchzuführen. Die Finanzierung erfolgt durch außerplanmäßige Ausgabe. Der Gesamtbetrag in Höhe von 152.566,58 EUR soll als Ausgabe unter der Haushaltsstelle

2.690000.950030.047 neu aufgenommen werden. Die Deckung erfolgt durch bereits bewilligte Fördermittel aus dem Aufbauhilfeprogramm des Bundes und der Länder zur Wiederherstellung der Infrastruktur in Höhe von 148.303,23 EUR in der Haushaltsstelle 2.690000.361030 und durch die Investitionszuschüsse des Freistaats Thüringen in Höhe von 4.263,35 EUR in der Haushaltsstelle 2.900000.361000. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die entsprechenden Schritte zur Ausschreibung der Baumaßnahme einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

17 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlüsse des Stadtrates vom 10. Dezember 2015:

Beschluss Nr. 05-2015-51

Der Stadtrat der Stadt Bad Liebenstein genehmigt die Niederschrift der Stadtratssitzung vom 29. Oktober 2015.

Abstimmungsergebnis:

18 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 05-2015-52

Der Stadtrat beschließt, für die Erarbeitung eines Straßeninvestitionsplanes die Stadtverwaltung zu beauftragen, eine Bauzustandserhebung der Ortsstraßen und Gehwege im Gebiet der Einheitsgemeinde Stadt Bad Liebenstein durchzuführen. Zugleich wird der Ausschuss für Bau, Verkehr, Umwelt und Stadtentwicklung beauftragt, resultierend aus der Bauzustandserhebung den Entwurf eines Straßeninvestitionsplanes zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

15 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 05-2015-53

Der Stadtrat beschließt, die Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen der Stadt Bad Liebenstein (Straßenausbaubeitragssatzung) in der Fassung des als Anlage beigefügten Entwurfs.

Abstimmungsergebnis:

14 JA-Stimmen, 2 NEIN-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 05-2015-54

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Kindergartengebührensatzung der Stadt Bad Liebenstein -1. Änderungssatzung - Kindergartengebührensatzung- in der Fassung des als Anlage beigefügten Entwurfs.

Abstimmungsergebnis:

14 JA-Stimmen, 4 NEIN-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Beschluss Nr. 05-2015-55

Der Stadtrat beschließt den Abschluss einer Mitfinanzierungsvereinbarung mit dem Wartburgkreis zur Umsetzung des Projekts „Infrastrukturinvestitionen Luther 2017“ mit einer zehnprozentigen Eigenbeteiligung bei einer geplanten Gesamtinvestition in Höhe von 760.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

19 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 05-2015-56

Der Stadtrat beschließt, die Förderung von Maßnahmen zur „Sanierung des historischen Kurensembles der Stadt Bad Liebenstein“ über das Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ zu beantragen und den Eigenanteil in den kommenden Jahren im Haushaltsplan einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

19 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 05-2015-57

Der Stadtrat befürwortet im Rahmen der 6. Teilfortschreibung des Schulnetzes der staatlichen allgemeinen Schulen des Wartburgkreises die Variante 5.4 zur Verlagerung der Grundschule Schweina vom Gebäude Salzunger Straße 6 in das Gebäude Sennfelder Straße 6 (Regelschulgebäude) in Schweina.

Abstimmungsergebnis:

19 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 05-2015-58

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Hinweise des Thüringer Landesverwaltungsamtes zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1/2012 „Am Maikopf“ im Ortsteil Meimers, entsprechend dem bei-

liegenden Abwägungsprotokoll mit Stand vom 30.09.2015 (Anlage 1), teilweise zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

19 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 05-2015-59

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Hinweise des Landratsamtes Wartburgkreis zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1/2012 „Am Maikopf“ im Ortsteil Meimers, entsprechend dem beiliegenden Abwägungsprotokoll mit Stand vom 30.09.2015 (Anlage 1), zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

19 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 05-2015-60

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Hinweise des Amtes für Landentwicklung und Flurneuordnung Meiningen zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1/2012 „Am Maikopf“ im Ortsteil Meimers, entsprechend dem beiliegenden Abwägungsprotokoll mit Stand vom 30.09.2015 (Anlage 1), nicht zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

19 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 05-2015-61

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Hinweise des Landwirtschaftsamtes Bad Salzungen zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1/2012 „Am Maikopf“ im Ortsteil Meimers, entsprechend dem beiliegenden Abwägungsprotokoll mit Stand vom 30.09.2015 (Anlage 1), nicht zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

19 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 05-2015-62

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Hinweise der Bürger zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1/2012 „Am Maikopf“ im Ortsteil Meimers, im Rahmen der ersten Bürgerbeteiligung, entsprechend dem beiliegenden Abwägungsprotokoll mit Stand vom 06.01.2015 (Anlage 1), teilweise zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

19 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschluss Nr. 05-2015-63

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Hinweise der Bürger zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1/2012 „Am Maikopf“ im Ortsteil Meimers, im Rahmen der zweiten Bürgerbeteiligung, entsprechend dem beiliegenden Abwägungsprotokoll mit Stand vom 25.08.2015 (Anlage 1), nicht zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

19 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 22. Oktober 2015:

Beschluss Nr. HA-2015-27

Der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 1. Oktober 2015.

Abstimmungsergebnis:

6 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 3. Dezember 2015:

Beschluss Nr. HA-2015-31

Der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 22. Oktober 2015.

Abstimmungsergebnis:

7 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlüsse des Ausschusses für Bau, Verkehr, Umwelt und Stadtentwicklung vom 26. November 2015:

Beschluss Nr. BA-2015-60

Der Ausschuss für Bau, Verkehr, Umwelt und Stadtentwicklung genehmigt die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 8. Oktober 2015.

Abstimmungsergebnis: 5 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Satzung über die Erhebung einmaliger Beiträge

für öffentliche Verkehrsanlagen der Stadt Bad Liebenstein (Straßenausbaubeitragsatzung)

Aufgrund des § 19 Absatz 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. März 2014 (GVBl. S. 82, 83) und der §§ 2 und 7 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) vom 19. September 2000 (GVBl. S. 301) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. März 2014 (GVBl. S. 82), erlässt die Stadt Bad Liebenstein folgende Satzung:

§ 1

Erhebung des Beitrages

(1) Zur anteiligen Deckung des Aufwandes für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen (Erschließungsanlagen) und als Gegenleistung für die dadurch den Eigentümern, Erbbauberechtigten und Inhabern eines dinglichen Nutzungsrechts im Sinne des Artikels 233 § 4 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch der erschlossenen Grundstücke erwachsenden besonderen Vorteile, erhebt die Stadt Bad Liebenstein Beiträge nach Maßgabe dieser Satzung, soweit nicht Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch zu erheben sind.

(2) Zu den Erschließungsanlagen im Sinne des Absatzes 1 gehören auch die aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbaren Wohnwege, sofern diese Anlagen in der Baulast der Stadt Bad Liebenstein stehen. Für Wirtschaftswege und Anlagen, die dem Schutz von Baugebieten gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) dienen (Immissionsschutzanlagen), können Beiträge nur aufgrund einer besonderen Satzung erhoben werden.

§ 2

Umfang des beitragsfähigen Aufwandes

- (1) Beitragsfähig ist insbesondere der Aufwand für
1. den Erwerb und die Freilegung der für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der Erschließungsanlagen benötigten Grundflächen (einschließlich der Nebenkosten),
 2. den Wert der von der Stadt Bad Liebenstein aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen zum Zeitpunkt der Bereitstellung (zuzüglich der Nebenkosten),
 3. die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der Fahrbahn,
 4. die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung von
 - a) Rinnen und Bordsteinen,
 - b) Radwegen einschließlich Sicherheitsstreifen,
 - c) Gehwegen,
 - d) kombinierten Geh-/Radwegen einschließlich Sicherheitsstreifen,
 - e) Beleuchtungseinrichtungen,
 - f) Entwässerungseinrichtungen,
 - g) Böschungen, Schutz- und Stützmauern,
 - h) unselbstständigen Parkflächen,
 - i) unselbstständigen Grünanlagen.

(2) Die Fahrbahnen der Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sind nur insoweit beitragsfähig, als sie breiter sind als die anschließenden freien Strecken.

(3) Nicht beitragsfähig sind die Kosten

1. für die laufende Unterhaltung und Instandsetzung der in § 1 genannten Erschließungsanlagen,
2. für Hoch- und Tiefstraßen sowie für Straßen, die für den Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt sind (Schnellverkehrsstraßen) einschließlich deren zugehörigen Verkehrsbauten, ferner Brücken, Tunnels und Unterführungen mit den dazugehörigen Rampen.

§ 3

Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes

Der beitragsfähige Aufwand wird nach den tatsächlichen Aufwendungen ermittelt.

§ 4

Anteil der Stadt Bad Liebenstein und der Beitragspflichtigen am Aufwand

- (1) Die Stadt Bad Liebenstein trägt den Teil des Aufwandes, der
- a) auf die Inanspruchnahme der Erschließungsanlagen durch die Allgemeinheit entfällt,

b) bei der Verteilung des Aufwandes nach § 5 auf ihre eigenen Grundstücke entfällt.

Der übrige Teil des Aufwandes ist von den Beitragspflichtigen zu tragen.

(2) Überschreiten Erschließungsanlagen die nach Absatz 3 anrechenbaren Breiten, so trägt die Stadt Bad Liebenstein den durch die Überschreitung verursachten Mehraufwand allein. Bei den Bundes-, Landes- und Kreisstraßen beziehen sich die anrechenbaren Breiten der Fahrbahnen auf die Breite, die über die beitragsfreie Fahrbahnbreite nach § 2 Absatz 2 hinausgeht.

(3) Der Anteil der Beitragspflichtigen am Aufwand nach Absatz 1 Satz 2 und die anrechenbaren Breiten der Erschließungsanlagen werden wie folgt festgesetzt:

1. bei Straßen, die überwiegend der Erschließung der angrenzenden oder durch private Zuwegung mit ihnen verbundenen Grundstücke dienen (**Anliegerstraßen**)

Teileinrichtung	Anrechenbare Breite		Anteil der Beitragspflichtigen
	I (*)	II (*)	
a) Fahrbahn	8,50 m	5,50 m	60 %
b) Radweg einschließlich Sicherheitsstreifen	je 1,75 m	je 1,75 m	60 %
c) unselbstständige Parkflächen	je 5,00 m	je 5,00 m	60 %
d) Gehweg	je 2,50 m	je 2,50 m	60 %
e) kombinierter Geh-/Radweg einschließlich Sicherheitsstreifen	je 3,00 m	je 3,00 m	60 %
f) Beleuchtung und Oberflächenentwässerung	./.	./.	60 %
g) unselbstständige Grünanlagen bzw. Straßenbegleitgrün	je 2,00 m	je 2,00 m	60 %

2. bei Straßen, die der Erschließung von Grundstücken und gleichzeitig dem Verkehr innerhalb von Baugebieten oder innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen dienen, soweit sie nicht Hauptverkehrsstraßen nach Ziffer 3 sind (**Haupterschließungsstraßen**)

Teileinrichtung	Anrechenbare Breite		Anteil der Beitragspflichtigen
	I (*)	II (*)	
a) Fahrbahn	8,50 m	6,50 m	40 %
b) Radweg einschließlich Sicherheitsstreifen	je 1,75 m	je 1,75 m	40 %
c) unselbstständige Parkflächen	je 5,00 m	je 5,00 m	50 %
d) Gehweg	je 2,50 m	je 2,50 m	50 %
e) kombinierter Geh-/Radweg einschließlich Sicherheitsstreifen	je 3,00 m	je 3,00 m	45 %
f) Beleuchtung und Oberflächenentwässerung	./.	./.	40 %
g) unselbstständige Grünanlagen bzw. Straßenbegleitgrün	je 2,00 m	je 2,00 m	50 %

3. bei Straßen, die überwiegend dem durchgehenden innerörtlichen Verkehr oder dem überörtlichen Durchgangsverkehr dienen, insbesondere Bundes-, Landes- und Kreisstraßen (**Hauptverkehrsstraßen**)

Teileinrichtung	Anrechenbare Breite		Anteil der Beitragspflichtigen
	I (*)	II (*)	
a) Fahrbahn	8,50 m	8,50 m	20 %
b) Radweg einschließlich Sicherheitsstreifen	je 1,75 m	je 1,75 m	20 %

c) unselbstständige Parkflächen	je 5,00 m	je 5,00 m	40 %
d) Gehweg	je 2,50 m	je 2,50 m	40 %
e) kombinierter Geh-/Radweg einschließlich Sicherheitsstreifen	je 3,00 m	je 3,00 m	30 %
f) Beleuchtung und Oberflächenentwässerung	./.	./.	30 %
g) unselbstständige Grünanlagen bzw. Straßenbegleitgrün	je 2,00 m	je 2,00 m	40 %

(*) = Die in den Ziffern 1 bis 3 unter „II“ genannten anrechenbaren Breiten gelten in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten, in den sonstigen Baugebieten gelten die unter „II“ genannten anrechenbaren Breiten.

(4) Fehlen bei einer zum Anbau bestimmten Straße ein- oder beidseitig der Straße unselbstständige Parkflächen, erhöht sich die anrechenbare Breite der Fahrbahn um die anrechenbare Breite der fehlenden unselbstständigen Parkflächen, höchstens jedoch um je 2,50 m, falls und soweit auf der zum Anbau bestimmten Straße eine Parkmöglichkeit geboten wird.

(5) Die Absätze 2 und 3 gelten nicht für Wendepunkte am Ende von Stichstraßen und für Aufweitungen im Bereich von Einmündungen oder Abbiegespuren; für derartige Anlagenteile ist auch der Anteil des Aufwandes zugrunde zu legen, der auf Flächen, die über die in den Absätzen 2 und 3 festgesetzten Breiten hinausgehen.

(6) Bei den in Absatz 3 genannten Baugebieten handelt es sich um beplante wie unbeplante Gebiete; die in Absatz 3 Ziffern 1 bis 3 angegebenen Breiten sind Durchschnittsbreiten.

(7) Für Fußgängergeschäftsstraßen, verkehrsberuhigte Bereiche und sonstige Fußgängerstraßen werden die anrechenbaren Breiten und Anteile der Beitragspflichtigen am Aufwand im Einzelfall durch eine gesonderte Satzung festgesetzt.

(8) Im Sinne des Absatzes 7 gelten als

1. **Fußgängergeschäftsstraßen:**

Straßen nach Absatz 3 Ziffern 1 und 2, in denen die Frontlänge der Grundstücke mit Ladengeschäften oder Gaststätten im Erdgeschoss überwiegt und die zugleich in ihrer gesamten Breite dem Fußgängerverkehr dienen, auch wenn eine zeitlich begrenzte Nutzung für den Anlieferverkehr möglich ist;

2. **verkehrsberuhigte Bereiche:**

als Mischfläche gestaltete Anliegerstraßen, die in ihrer ganzen Breite von Fußgängern benutzt werden dürfen, jedoch auch mit Kraftfahrzeugen benutzt werden können;

3. **sonstige Fußgängerstraßen:**

Anliegerstraßen, die in ihrer gesamten Breite von Fußgängern benutzt werden dürfen, auch wenn eine Nutzung für den Anlieferverkehr mit Kraftfahrzeugen möglich ist.

(9) Grenz eine Straße ganz oder in einzelnen Abschnitten mit einer Seite an ein Kern-, Gewerbe- oder Industriegebiet und mit der anderen Seite an ein sonstiges Baugebiet und ergeben sich dabei nach Absatz 3 unterschiedliche anrechenbare Breiten, so gilt für die gesamte Straße die größte Breite.

(10) Für Erschließungsanlagen, die in den Absätzen 3 und 7 nicht erfasst sind oder bei denen die festgesetzten anrechenbaren Breiten oder Anteile der Beitragspflichtigen offensichtlich nicht zutreffen, werden durch eine gesonderte Satzung im Einzelfall die anrechenbaren Breiten und Anteile der Beitragspflichtigen festgesetzt.

§ 5

Verteilung des umlagefähigen Aufwandes

(1) Der nach den §§ 2 bis 4 ermittelte Aufwand wird nach Maßgabe ihrer Flächen auf die Grundstücke verteilt, denen die Inanspruchnahmemöglichkeit der Erschließungsanlage besondere Vorteile vermittelt (erschlossene Grundstücke). Dabei wird die unterschiedliche Nutzung der erschlossenen Grundstücke nach Art und Maß durch Vervielfachung der maßgeblichen Grundstücksfläche mit dem nach Absätzen 5 bis 8 maßgeblichen Nutzungsfaktor berücksichtigt.

(2) Als Grundstücksfläche i. S. des Absatz 1 gilt grundsätzlich der Flächeninhalt des Grundstücks im bürgerlich-rechtlichen Sinn. Soweit Flächen erschlossener Grundstücke baulich oder gewerblich nutzbar sind, richtet sich die Ermittlung des Nutzungsfaktors nach den Absätzen 5, 6 und 7. Für Flächen erschlossener Grundstücke nach Absatz 4 richtet sich die Ermittlung des Nutzungsfaktors nach Absatz 8.

(3) Als baulich oder gewerblich nutzbar gilt bei erschlossenen Grundstücken

- a) die insgesamt oder teilweise im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes und mit der Restfläche innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liegen, die Gesamtfläche des Grundstücks,
- b) die über die Grenzen des Bebauungsplanes in den Außenbereich hinausreichen, die Fläche im Bereich des Bebauungsplanes,
- c) die im Bereich einer Satzung nach § 34 Absatz 4 BauGB liegen und bei Grundstücken, die über die Grenzen einer solchen Satzung hinausreichen, die Fläche im Satzungsbereich,
- d) außerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes oder einer Satzung nach § 34 BauGB,
- aa) die gänzlich im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB) liegen, grundsätzlich die gesamte Fläche des Grundstückes,
- bb) die sich vom Innenbereich über die Grenzen des Bebauungszusammenhanges hinaus in den Außenbereich erstrecken, die Fläche, die sich im Innenbereich befindet. Die Ermittlung erfolgt einzelfallbezogen.

In den Fällen der Buchstaben b, c und d lit. bb ist abweichend die hintere Grenze der tatsächlichen Nutzung maßgeblich, wenn die beitragsrechtlich relevante tatsächliche Nutzung die Grenzen des Innenbereiches überschreitet.

(4) Bei erschlossenen Grundstücken, die

- a) nicht baulich oder gewerblich, sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z. B. Friedhöfe, Sportplätze, Freibäder, Dauerkleingärten) oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils so genutzt werden,

oder

- b) ganz oder teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen oder wegen entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nur in anderer Weise nutzbar sind (landwirtschaftliche Nutzung)

ist die Gesamtfläche des Grundstücks bzw. die Fläche des Grundstücks zugrunde zu legen, die von den Regelungen in Absatz 3 nicht erfasst wird.

(5) Zur Berücksichtigung des unterschiedlichen Maßes der Nutzung wird die Fläche von Grundstücken, die baulich oder gewerblich nutzbar sind (Absatz 3) vervielfacht mit

- a) 1,0 bei einer Bebaubarkeit mit 1 Vollgeschoss,
- b) 1,3 bei einer Bebaubarkeit mit 2 Vollgeschossen,
- c) 1,5 bei einer Bebaubarkeit mit 3 Vollgeschossen,
- d) 1,6 bei einer Bebaubarkeit mit 4 und 5 Vollgeschossen,
- e) 1,7 bei einer Bebaubarkeit mit 6 und mehr Vollgeschossen.

(6) Für Grundstücke, die ganz oder teilweise innerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes liegen, ergibt sich die Zahl der Vollgeschosse wie folgt:

- a) Ist die Zahl der Vollgeschosse festgesetzt, aus der höchstzulässigen Zahl der Vollgeschosse.
- b) Sind nur Baumassenzahlen festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse die Baumassenzahl geteilt durch 3,5 (wobei Bruchzahlen unter 0,5 auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet und solche ab 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet werden).
- c) Ist nur die zulässige Gebäudehöhe festgesetzt, gilt als Zahl der Vollgeschosse in Gewerbe-, Industrie- und Sondergebieten i. S. v. § 11 Absatz 3 BauNVO die höchstzulässige Höhe geteilt durch 3,5, in allen anderen Gebieten die höchstzulässige Höhe geteilt durch 2,5 (wobei Bruchzahlen unter 0,5 auf die vorausgehende volle Zahl abgerundet und solche ab 0,5 auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet werden); dies gilt in gleicher Weise auch für den Fall, dass sowohl die zulässige Gebäudehöhe als auch gleichzeitig eine Baumassenzahl festgesetzt ist.
- d) Dürfen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden, gilt die Zahl von einem Vollgeschoss je Nutzungsebene.
- e) Ist gewerbliche oder industrielle Nutzung ohne Bebauung festgesetzt, gilt die Zahl von einem Vollgeschoss.
- f) Ist tatsächlich eine höhere als die festgesetzte Zahl der Vollgeschosse vorhanden oder zugelassen, so ist diese zugrunde zu legen; dies gilt entsprechend, wenn die zulässige Baumassenzahl oder die höchstzulässige Gebäudehöhe überschritten wird.

(7) Für Grundstücke außerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes oder für Grundstücke, für die ein Bebauungsplan die Zahl der Vollgeschosse, die Baumassenzahl oder die Gebäudehöhe nicht festsetzt, ergibt sich die Zahl der Vollgeschosse:

- a) bei bebauten Grundstücken, aus der Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse,
- b) die Zahl der tatsächlichen Vollgeschosse, sofern diese Zahl höher ist als die nach dem Absatz 7 Buchstabe a) ermittelte Zahl,
- c) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken, aus der Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse,

- d) bei Grundstücken, auf denen keine Bebauung zulässig ist, die aber gewerblich genutzt werden können, wird ein Vollgeschoß zugrunde gelegt,
- e) bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze zulässig oder vorhanden sind, wird je Nutzungsebene ein Vollgeschoß zugrunde gelegt;

(8) Für die Flächen nach § 5 Absatz 4 gelten als Nutzungsfaktoren bei Grundstücken, die

- 1. aufgrund entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nicht baulich oder gewerblich sondern nur in vergleichbarer Weise nutzbar sind (z. B. Friedhöfe, Sportplätze, Freibäder, Dauerkleingärten) oder innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils so genutzt werden 0,5
- 2. im Außenbereich liegen oder wegen entsprechender Festsetzungen in einem Bebauungsplan nur in anderer Weise nutzbar sind (z. B. landwirtschaftliche Nutzung), wenn

- a) sie ohne Bebauung sind, bei
 - aa) Waldbestand oder wirtschaftlich nutzbaren Wasserflächen 0,0167
 - bb) Nutzung als Grünland, Ackerland oder Gartenland 0,0333
 - cc) gewerblicher Nutzung (z. B. Bodenabbau pp.) 1,0

- b) sie in einer der baulichen oder gewerblichen Nutzung vergleichbaren Weise genutzt werden (z. B. Friedhöfe, Sportplätze, Freibäder, Dauerkleingärten, Campingplätze ohne Bebauung) 0,5

- c) auf ihnen Wohnbebauung, landwirtschaftliche Hofstellen oder landwirtschaftliche Nebengebäude (z.B. Feldscheunen) vorhanden sind, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt, mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung nach Absatz 5, für die Restfläche gilt lit. a), 1,0

- d) sie als Campingplatz genutzt werden und eine Bebauung besteht, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung nach Absatz 5, für die Restfläche gilt lit. b), 1,0

- e) sie gewerblich genutzt und bebaut sind, für eine Teilfläche, die sich rechnerisch aus der Grundfläche der Baulichkeiten geteilt durch die Grundflächenzahl 0,2 ergibt, mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung nach Absatz 5, für die Restfläche gilt lit. a), 1,3

- f) sie ganz oder teilweise im Geltungsbereich einer Satzung nach § 35 Absatz 6 BauGB liegen, für die von der Satzung erfassten Teilflächen

- aa) mit Baulichkeiten, die kleinen Handwerks- oder Gewerbebetrieben dienen, mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung nach Absatz 5, 1,3

- bb) mit sonstigen Baulichkeiten oder ohne Bebauung mit Zuschlägen für das zweite und jedes weitere tatsächlich vorhandene Vollgeschoss entsprechend der Staffelung nach Absatz 5, für die Restfläche gilt lit. a). 1,0

(9) Vollgeschosse sind alle Geschosse, deren Deckenoberkante im Mittel mehr als 1,40 m über die Geländeoberfläche hinausragt und die über mindestens zwei Drittel ihrer Grundfläche eine lichte Höhe von mindestens 2,00 m haben.

Satz 1 gilt auch für Grundstücke in Gebieten, in denen der Bebauungsplan keine Festsetzungen nach § 5 Absatz 6 Buchstabe a) bis c) enthält. Ist die Zahl der Vollgeschosse wegen der Besonderheit des Bauwerkes nicht feststellbar, so werden bei gewerblich oder industriell genutzten Grundstücken je angefangene 3,50 m und bei allen in anderer Weise baulich genutzten Grundstücken je angefangene 2,50 m Höhe des Bauwerkes (Traufhöhe) als ein Vollgeschoss berechnet. Kirchengebäude werden stets als eingeschossige Gebäude behandelt.

(10) Zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Art der Nutzung werden die in Absatz 5 festgesetzten Faktoren um 0,3 erhöht

- a) bei Grundstücken in durch Bebauungsplan festgesetzten Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten sowie Sondergebieten mit der Nutzungsart: Einkaufszentren und großflächige Handelsbetriebe, Messe, Ausstellung und Kongresse;
- b) bei Grundstücken in Gebieten, in denen ohne Festsetzung durch Bebauungsplan eine Nutzung wie in den unter Buchstabe a) genannten Gebieten vorhanden oder zulässig ist;
- c) bei Grundstücken außerhalb der unter den Buchstaben a) und b) bezeichneten Gebiete, die gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzt werden (so z.B. Grundstücke mit Büro-, Verwaltungs-, Post-, Bahn-, Krankenhaus- und Schulgebäuden), wenn diese Nutzung nach Maßgabe der Geschossflächen überwiegt. Liegt eine derartige Nutzung ohne Bebauung oder zusätzlich zur Bebauung vor, gilt die tatsächlich so genutzte Fläche als Geschossfläche.

(11) Grundstücke an zwei oder mehreren Erschließungsanlagen im Sinne dieser Satzung werden für jede Anlage mit der Maßgabe herangezogen, dass bei der Berechnung des Beitrags nach den vorstehenden Absätzen die sich ergebenden Beträge jeweils um ein Drittel gekürzt werden.

(12) Die Ermäßigung für mehrfach erschlossene Grundstücke (Absatz 11) gilt nicht für die in Absatz 10 Buchstaben a bis c bezeichneten Grundstücke.

§ 6

Abschnittsbildung, Erschließungseinheit und Abrechnungsgebiet

(1) Für selbständig benutzbare Abschnitte einer Erschließungsanlage kann der Aufwand getrennt ermittelt und abgerechnet werden (Abschnittsbildung). Erstreckt sich eine straßenbauliche Maßnahme auf mehrere Straßenabschnitte, für die sich nach § 4 Absatz 2 unterschiedliche anrechenbare Breiten oder unterschiedliche Anteile der Beitragspflichtigen ergeben, so sind die Straßenabschnitte gesondert abzurechnen.

(2) Für mehrere Erschließungsanlagen, die für die Erschließung der Grundstücke eine Einheit bilden, kann der Aufwand insgesamt ermittelt werden (Erschließungseinheit).

(3) Die von einer Erschließungsanlage, einem Abschnitt oder einer Erschließungseinheit erschlossenen Grundstücke bilden das Abrechnungsgebiet.

§ 7

Kostenspaltung

Der Beitrag kann für

1. die Fahrbahn,
2. die Radwege einschließlich Sicherheitsstreifen,
3. die Gehwege,
4. die kombinierten Geh-/Radwege einschließlich Sicherheitsstreifen,
5. die unselbstständigen Parkflächen,
6. die Beleuchtung,
7. die Oberflächenentwässerung,
8. die unselbstständigen Grünanlagen

gesondert und in beliebiger Reihenfolge erhoben werden.

§ 8

Vorauszahlungen und Ablösung

(1) Sobald mit der Durchführung der Maßnahme begonnen worden ist, kann die Stadt Bad Liebenstein Vorauszahlungen bis zur Höhe der voraussichtlichen Beitragsschuld erheben.

(2) Der Straßenausbaubeitrag kann vor Entstehung der Beitragspflicht durch Vertrag abgelöst werden. Der Ablösungsbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des nach Maßgabe dieser Satzung zu ermittelnden Straßenausbaubeitrages.

§ 9

Beitragspflichtige

(1) Beitragspflichtig ist derjenige, der im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstückes ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, ist der Erbbauberechtigte anstelle des Eigentümers beitragspflichtig. Ist das Grundstück mit einem dinglichen Nutzungsrecht nach Artikel 233 § 4 des Einführungs-gesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch belastet, so ist der Inhaber dieses Rechts anstelle des Eigentümers beitragspflichtig.

Mehrere Eigentümer eines Grundstückes haften als Gesamtschuldner; bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

(2) Ist der Eigentümer oder Erbbauberechtigte nicht im Grundbuch eingetragen oder ist die Eigentums- oder Berechtigungs-lage in sonstiger Weise ungeklärt, so ist an seiner Stelle derjenige abgabepflichtig,

der im Zeitpunkt des Entstehens der Abgabepflicht der Besitzer des betroffenen Grundstückes ist. Bei einer Mehrheit von Besitzern ist jeder entsprechend der Höhe seines Anteils am Mitbesitz zur Abgabe verpflichtet.

§ 10

Entstehung und Fälligkeit der Beitragsschuld

(1) Die Beitragsschuld entsteht, wenn die Baumaßnahme tatsächlich beendet ist. Im Falle der Kostenspaltung (§ 7) entsteht die Beitragsschuld mit der tatsächlichen Beendigung der Teilmaßnahme, bei der Bildung von Erschließungseinheiten (§ 6 Absatz 2) mit der Beendigung der Maßnahmen an den die Erschließungseinheit bildenden Straßen.

(2) Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

§ 11

Informationspflicht

(1) Sobald die Stadt Bad Liebenstein entschieden hat, eine beitragspflichtige Straßenausbaumaßnahme im Sinne dieser Satzung durchzuführen, teilt sie dies unverzüglich den Personen, die als Beitragspflichtige voraussichtlich in Betracht kommen, in geeigneter Form mit und weist darauf hin, dass diese mit der Zahlung von Beiträgen zu rechnen haben. Zugleich sind die Beitragspflichtigen darauf hinzuweisen, dass sie in die Satzung sowie in die Planungsunterlagen, die den Ausschreibungen zugrunde gelegt werden sollen, Einblick nehmen und während der Zeit der Einsichtnahme Anregungen vorbringen können. Bei Maßnahmen der Erweiterung, Verbesserung oder Erneuerung von Ortsstraßen und beschränkt öffentlichen Wegen sollen neben der in den Planungsunterlagen enthaltenen Ausbauvariante auch Alternativausbauvarianten benannt werden.

(2) Vor Ausführung einer Maßnahme nach Absatz 1 soll die Stadt Bad Liebenstein im Rahmen einer gesonderten, für die Betroffenen öffentlichen Veranstaltung über das Vorhaben unter Einbeziehung hierzu ergangener Anregungen unterrichten.

(3) Die Beitragspflichtigen sind berechtigt, die Kosten- und Aufwandsrechnung einzusehen.

(4) Die voraussichtlich Beitragspflichtigen werden über den Zeitpunkt der Beendigung von Straßenausbaumaßnahmen in geeigneter Form unterrichtet.

§ 12

Überleitungsregelungen bei der Umstellung des Beitragssystems vom wiederkehrenden Beitrag auf einmalige Beiträge

(1) Für den Ortsteil Schweina erfolgt mit dieser Satzung gleichzeitig die Umstellung des Beitragssystems des wiederkehrenden Beitrags auf das System der einmaligen Beiträge.

(2) Zur Vermeidung unbilliger Belastungen werden tatsächlich gezahlte wiederkehrende Beiträge auf zu zahlende (einmalige) Beiträge angerechnet. Die Anrechnung ist zeitlich befristet für einen Zeitraum von 20 Jahren ab dem Zeitpunkt der Umstellung des Beitragssystems vom wiederkehrenden Beitrag auf einmalige Beiträge.

(3) Die durch diese Anrechnungsvorschrift entstehende Finanzierungslücke wird allein durch allgemeine kommunale Deckungsmittel ausgeglichen.

§ 13

In-Kraft-Treten

(1) Diese Satzung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten folgende Straßenausbaubeitrags-satzungen außer Kraft:

1. Satzung der Stadt Bad Liebenstein über die Erhebung eines Straßenausbaubeitrages vom 21. August 2006,
2. Satzung der Gemeinde Schweina über die Erhebung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge für die öffentlichen Verkehrsanlagen vom 16. November 2012,
3. Satzung der Gemeinde Steinbach über die Erhebung eines Straßenausbaubeitrages vom 04. Januar 2000.

Bad Liebenstein, 11. Dezember 2015

gez.

Dr. Michael Brodführer
Bürgermeister

- Siegel -

Hinweis:

Ist eine Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften, die in der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) enthalten oder aufgrund der ThürKO erlassen worden sind, zustande gekommen, so ist die Verletzung nach § 21 Abs. 4 ThürKO unbeachtlich, wenn sie nicht

innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind. Wurde eine Verletzung nach Satz 1 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Bekanntmachung

der Feststellung des Abstimmungsergebnisses zum Bürgerentscheid des Bürgerbegehrens „Innerstädtische Bebauung Bad Liebenstein“ am 06. Dezember 2015 in der Einheitsgemeinde Stadt Bad Liebenstein

über die Frage:

„Sind Sie dafür, dass das „Herzog Georg Carree“ mit Wohnungen, Ladengeschäften sowie Lebensmittelmarkt und Drogeriemarkt gebaut wird?“

Der Abstimmungsausschuss der Einheitsgemeinde Stadt Bad Liebenstein hat in der öffentlichen Sitzung am 08. Dezember 2015 das endgültige Ergebnis der Abstimmung zum Bürgerentscheid wie folgt festgestellt.

Zahl der Abstimmungsberechtigten:	6854
Zahl der Abstimmenden:	2881
Zahl der ungültigen Stimmabgaben:	3
Zahl der gültigen Stimmabgaben:	2878
Abstimmungsbeteiligung:	42,03 %
Ja-Stimmen:	2136
Nein-Stimmen:	742

Der Bürgerentscheid des Bürgerbegehrens ist erfolgreich, da er mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen auf sich vereinigt und das Entscheidungsquorum erfüllt wurde, da mindestens 20 % der Abstimmungsberechtigten mit „Ja“ gestimmt haben (§ 17 Abs. 6 Satz 5 ThürKO). In der Einheitsgemeinde Stadt Bad Liebenstein wurde das Entscheidungsquorum mit 31,16 % erreicht.

Bad Liebenstein, den 08. Dezember 2015

Dr. Michael Brodführer
Bürgermeister

**Das Ordnungsamt informiert
im Auftrag der Thüringer Tierseuchenkasse**

Die Thüringer Tierseuchenkasse führt die amtliche Tierbestandserhebung 2016, einschließlich Bienenvölker, zum **Stichtag 3. Januar 2016** durch.

Alle Tierbesitzer, die bisher nicht in der Tierseuchenkasse angemeldet waren und keine Meldekarte erhalten haben, werden hiermit aufgefordert, ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Tierbestandsanmeldung gemäß der Satzung der Thüringer Tierseuchenkasse über die Erhebung von Tierseuchenkassenbeiträgen für das Jahr 2016 vom 14. Oktober 2015, in der jeweils geltenden Fassung, nachzukommen.

Die Tierbestandsmeldung ist an die Thüringer Tierseuchenkasse, Victor-Goertler-Straße 4, 07745 Jena zu richten. Es wird darauf hingewiesen, dass die jährliche amtliche Tierbestandserhebung der Thüringer Tierseuchenkasse gesondert zur Viehzählung des Thüringer Landesamtes für Statistik durchgeführt wird.

Hinweis:

Die Satzung der Thüringer Tierseuchenkasse über die Erhebung von Tierseuchenkassenbeiträgen für das Jahr 2016 kann im Ordnungsamt der Stadt Bad Liebenstein, Bahnhofstraße 22 in 36448 Bad Liebenstein, oder im Internet unter: www.thueringertierseuchenkasse.de eingesehen werden.



Impressum

Amtsblatt der Stadt Bad Liebenstein

Herausgeber: Stadt Bad Liebenstein, Bahnhofstr. 22, 36448 Bad Liebenstein
Verlag und Druck: Verlag + Druck Linus Wittich KG, In den Folgen 43, 98704 Langewiesen, info@wittich-langewiesen.de, www.wittich.de
Tel. (0 36 77) 20 50-0, Fax (0 36 77) 20 50-21

Verantwortlich für den amtlichen und nichtamtlichen Teil: Stadt Bad Liebenstein
Verantwortlich für den Anzeigenteil: David Galandt – Erreichbar unter der Anschrift des Verlages. Für die Richtigkeit der Anzeigen übernimmt der Verlag keine Gewähr. Vom Verlag gestellte Anzeigenmotive dürfen nicht anderweitig verwendet werden. Für Anzeigenveröffentlichungen und Fremdbeilagen gelten unsere allgemeinen und zusätzlichen Geschäftsbedingungen und die z.Zt. gültige Anzeigenpreisliste. Vom Kunden vorgegebene HKS-Farben bzw. Sonderfarben werden von uns aus 4-c Farben gemischt. Dabei können Farbabweichungen auftreten, genauso wie bei unterschiedlicher Papierbeschaffenheit. Deshalb können wir für eine genaue Farbwiedergabe keine Garantie übernehmen. Diesbezügliche Beanstandungen verpflichten uns zu keiner Ersatzleistung.

Verlagsleiter: Mirko Reise

Erscheinungsweise: nach Bedarf, kostenlos an alle Haushaltungen im Verbreitungsgebiet. Im Bedarfsfall können Sie Einzelstücke zum Preis von 2,50 € (inkl. Porto und 7 % MwSt.) beim Verlag bestellen.

Mitteilungen

Bekanntmachung

Die Stadtkasse Bad Liebenstein ist in der Zeit
vom 22.12.2015 bis 01.01.2016
wegen Jahresabschlussarbeiten für den öffentlichen Besucherverkehr geschlossen.
Für Einzahlungen an die Stadt können in diesem Zeitraum die ortsansässigen Banken genutzt werden.

gez.
Dr. Michael Brodführer
Bürgermeister

Das Ordnungsamt informiert

„Sammlung von Weihnachtsbäumen“

Im Stadtgebiet der Stadt Bad Liebenstein erfolgt seitens der Stadtmeisterei keine Einsammlung der Weihnachtsbäume; diese sind eigenverantwortlich zu entsorgen. Widerrechtlich im öffentlichen Verkehrsraum entsorgte Bäume erfüllen den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit im Sinne der Sondernutzungssatzung der Stadt Bad Liebenstein.